

# EntschlieÙung

## betreffend psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

Die Bundesregierung wird ersucht, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen weiter in den Fokus zu rücken, psychosoziale Versorgung sicherzustellen und Projekte wie „Gesund aus der Krise“ kontinuierlich zu evaluieren, weiterzuentwickeln und nachhaltig zu etablieren. Weiters soll Bewusstseinsarbeit zum Thema „psychische Gesundheit“ in Schulen und in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit gestärkt werden.

Zur Erweiterung des niederschweligen psychologischen Betreuungsangebotes wird die Bundesregierung und im Besonderen der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zudem ersucht, die gesetzliche Grundlage zu schaffen und das ASVG dahingehend zu novellieren, dass auch Behandlungen von Klinischen Psycholog:innen mit den Krankenversicherungsträgern verrechnet werden können, und im Austausch mit der Sozialversicherung auf die Erhöhung der Kontingentierung der Psychotherapie und klinisch-psychologischen Behandlung bei Kindern und Jugendlichen dem Bedarf entsprechend hinzuwirken.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, die interministerielle Arbeitsgruppe weiterzuführen, um das Projekt „Gesund aus der Krise“ zu monitoren und evaluieren sowie Bewährtes davon langfristig zu implementieren.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, als Soforthilfe die Umsetzung folgender Maßnahmen in Angriff zu nehmen:

- Schaffung eines Schwerpunktbereiches „Mental Health“ in der Eduthek mit gesammelten, aktuellen Informationen und Angeboten für Lehrkräfte, Schüler/innen und Erziehungsberechtigten, sowie Information der Klassenvorstände über diesen Schwerpunktbereich;
- Sammlung und Ausbau der Materialien und Weiterbildungsangebote für Lehrer:innen auch mit digitalen Elementen (ähnlich der Online-Kurse MOOC während der Covid 19 Pandemie), sowie über generelle Hilfsangebote in Bezug auf Mobbing/Cybermobbing/Prävention/Mental Health;
- Bedarfsorientierte Aufstockung der Ressourcen für die „Hotline Schulpsychologie“ und Weiterführung der bedarfsorientierten Förderung für Projekte wie „Rat auf Draht“.

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, Möglichkeiten für schulbezogene Veranstaltungen (z.B. Projekttag „Mental Health“) aufzuzeigen und diesbezüglich für geeignetes Informationsmaterial zu sorgen, um einen niederschweligen Überblick über Hilfsangebote zu bieten, u.a. unter Einbindung der Arbeiten der vom BMBWF und BMSGPK gemeinsam betriebenen Schulservicestelle GIVE. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Pädagog:innenausbildung soll eine stärkere Berücksichtigung von Mental Health mit Fokus auf das Erkennen von Signalen und die Vermittlung von geeigneten Hilfsangeboten erfolgen. Weiters sollen Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema sichergestellt werden.

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird ersucht, relevante Maßnahmen, Organisationen und Informationsmaterialien zum Thema „psychische Gesundheit“ für Kinder und Jugendliche online abrufbar zur Verfügung zu stellen und diese Informationen auch mit relevanten Angeboten anderer Ressorts (z.B. Bildung, Wissenschaft und Forschung, Bundeskanzleramt – Familie bzw. Bundeskanzleramt – Jugend) zu vernetzen.

